Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bei Rossmann, Rewe und Penny schuften Aushilfen – doch die schmeißen jetzt hin
2. Filialsterben der Banken und Sparkassen beschleunigt sich
3. Ruhestand ab 63: Frührente wird immer populärer
4. »Angebracht wäre statt einer Beförderung eine Entlassung«
5. „Die Lage in Venezuela ist sehr kritisch“
6. „Da ist mehr los als beim BVB“- Massenandrang vor der deutschen Botschaft in Prishtina
7. Ölriese «Total» will in ugandischem Nationalpark nach Öl bohren
8. Brasilien: Justizminister Moro rechtfertigt sich vor Abgeordneten nach Intercept-Leaks
9. Winnetou und die Missachtung der kulturellen Identität
10. Troika Laundromat und Strafakte Deutsche Bank
11. Munition liegen lassen und als Helfer wiederkommen
12. Plastikmüll: Mehr als Tausend Fälle von verhedderten Haien und Rochen dokumentiert
13. Der grüne Biedermann
14. Vielen Deutschen fehlt das Geld: Jeder Siebte kann sich keine Reise leisten

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bei Rossmann, Rewe und Penny schuften Aushilfen – doch die schmeißen jetzt hin**
   Bei Rossmann, Rewe und Penny räumen Mitarbeiter eines Subunternehmens die Regale ein – unter fragwürdigen Bedingungen. Doch nun laufen die Leute der Firma davon. Das System aus Druck und Frust scheint nicht mehr zu funktionieren. […]
   In vielen Rossmann-Läden wie auch in manchen Supermärkten von Rewe und Penny schuften Mitarbeiter eines Subunternehmens als Einräumer für die Regale.
   Der Arbeitgeber der Einräumer heißt Promota.de, Roßmann und seinen Söhnen gehört

fast die Hälfte der Firmenanteile. An die 10.000 Menschen beschäftigt die Potsdamer Unternehmensgruppe. Mitarbeiter klagten dort über extremen Druck und schlechte Bezahlung. Der stern sprach nun mit weiteren ehemaligen Mitarbeitern und sichtete neue Unterlagen, die Einblicke in die Arbeit der Rossmann-Beteiligungsfirma in Supermärkten von Rewe und Penny in Berlin und Brandenburg gewähren.
Die Recherchen zeigen: Vielfach bestimmen Druck und Härte den Arbeitsalltag der Mitarbeiter. Führungskräfte werden danach prämiert, ob ihre Untergebenen beim Einräumen die Zeitvorgaben erfüllen und den festgelegten "Zielerlös" schaffen. […] Jahrelang schien es, als erduldeten viele Mitarbeiter dieses Regime des Arbeitgebers still und brav. Nun aber bekommt die Firma ein Problem: Unterlagen zeigen, dass inzwischen nicht wenige Mitarbeiter selbst Konsequenzen ziehen – und die Firma verlassen. Dem stern liegt eine deutschlandweite sogenannte Austrittsliste von Impuls One aus dem Dezember 2018 vor, für das ganze Bundesgebiet von Sassnitz auf Rügen bis Weilheim in Oberbayern. Etwa 530 Mitarbeiter haben der Firma während dieses Monats den Rücken gekehrt. Einige waren bei Rewe oder Penny eingesetzt, viele offenbar bei Rossmann. Einige der 530 wurden entlassen, bei anderen lief der Vertrag aus – aber um die 230 Menschen kündigten von sich aus.
Quelle: Stern Online

2. **Filialsterben der Banken und Sparkassen beschleunigt sich**
2018 haben deutsche Institute eine vierstellige Zahl an Geschäftsstellen geschlossen. Und das Filialsterben wird sich noch schneller fortsetzen als bisher.
Die deutschen Banken und Sparkassen machen bei Filialschließungen mehr Tempo. Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Geschäftsstellen um genau 2239 auf 27.887 Filialen, wie die Bundesbank am Donnerstagnachmittag mitteilte. Das ist ein Minus von 7,4 Prozent und ein deutlich stärkerer Rückgang als in den Vorjahren. So hatten die Kreditinstitute in Deutschland 2017 rund 1900 Filialen dichtgemacht. Auch in den zehn Jahren davor sank die Filialzahl nicht so deutlich wie 2018. Der Trend hin zu weniger Filialen zeigt sich bereits seit Jahren. 2007 betrug die Zahl der Geschäftsstellen noch rund 40.000. Reine Selbstbedienungsterminals, also Standorte nur mit Geldautomaten und Kontoauszugsdrucker, bleiben in der Bundesbank-Statistik außen vor.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung André Tautenhahn: *Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die flächendeckenden Gebührenerhöhungen der Banken, um die Branchenprobleme in den Griff zu bekommen und unter denen vor allem die weniger wohlhabenderen Kunden stärker zu leiden haben. Lesen Sie dazu auch: „Gebührenerhöhungen statt Negativzinsen – die Banken wälzen ihre Branchenprobleme gänzlich unsolidarisch auf*

die Kleinen ab“ oder „Unsolidarische Kontoführungsgebühr“.

3. **Ruhestand ab 63: Frührente wird immer populärer**
   Für viele ist es ein kaum erfüllbarer Traum: deutlich früher in Rente zu gehen, ganz ohne Abschläge beim Altersruhegeld. Vor allem Gutverdiener haben seit einiger Zeit die Möglichkeit, sich diesen Traum zu erfüllen – billig ist es nämlich nicht. Und lange Zeit galt es als Geheimtipp, inzwischen aber wird es zunehmend bekannter und populärer. In Deutschland überweisen gesetzlich Versicherte – freiwillig – immer höhere Summen an die Rentenkasse, damit sie später ohne finanzielle Abstriche um Jahre eher in Rente gehen können, am liebsten schon ab 63.
   Wie die Deutsche Rentenversicherung (DRV Bund) jetzt bekannt gab, erhielt sie 2018 rund 207 Millionen Euro als “freiwillige Beitragszahlungen zum Ausgleich von späteren Rentenminderungen”. Dies sei gegenüber 2015 eine “Erhöhung um mehr als das Achtfache”; damals seien es lediglich 24 Millionen Euro gewesen. Und mit erkennbarer Genugtuung fügt Dagmar König, Vorstandsvorsitzende der DRV Bund, noch hinzu: Der Anstieg der freiwillig gezahlten Beiträge wirke sich nicht nur “positiv auf die Finanzen der Rentenversicherung aus”, es sei “auch ein Zeichen für das hohe Vertrauen der Beitragszahler in die Sicherheit und Rentabilität der gesetzlichen Rente.”
   Quelle: Süddeutsche
4. **»Angebracht wäre statt einer Beförderung eine Entlassung«**
   von Matthias Höhn, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag:
   Ursula von der Leyen hat als Bundesministerin eine desaströse Bilanz. Ihre Beförderung nach Brüssel ist ein politischer Offenbarungseid, der das ohnehin schon angeschlagene Vertrauen in die Europäische Union und ihre Institutionen weiter schädigt. Angebracht wäre gewesen, wenn Bundeskanzlerin Merkel Frau von der Leyen wegen der Missstände und Skandale bei der Bundeswehr entlassen hätte. Für eine Beförderung nach Brüssel allerdings spricht überhaupt nichts.
   Die Bilanz der Verteidigungsministerin könnte kaum schlechter ausfallen. Alle Versprechen, die sie abgegeben hat, als sie ins Amt kam, hat sie gebrochen. Rüstungsprojekte sollten zügiger abgeschlossen werden und die Qualität – also die Einsatzbereitschaft des Materials – sollte deutlich verbessert werden. Davon ist nichts zu sehen. Rüstungsprojekte werden weiter um Jahre verspätet ausgeliefert und werden häufig um Milliarden Euro teurer als dies im Bundestag zu Beginn eines Projekts versprochen wurde. Einziger Profiteuer dieses Elends ist die Rüstungsindustrie, bei der seit Jahren die Sektkorken knallen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler hingegen bleiben auf den Rechnungen der Bilanz von Frau von der

Leyen sitzen.
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

Anmerkung Christian Reimann: *Die Entlassung von Bundesministerin von der Leyen fordern die NachDenkSeiten bereits seit langer Zeit. Bitte lesen Sie dazu u.a.*

a. *Warum fordert eigentlich niemand Ursula von der Leyen zum Rücktritt auf?*
b. *Von der Leyen und das "Gorch Fock"-Debakel (mit einer Anmerkung)*
c. *Von der Leyen heuert Berater für Berateraffäre an. Doch statt der Entlassung droht nun die Beförderung nach Brüssel. Das Chaos in der EU dürfte vorprogrammiert sein.*

5. **„Die Lage in Venezuela ist sehr kritisch"**
Heinemann: Wieso hält sich Nicolas Maduro an der Macht?
Gebauer: Er hält das venezolanische Volk in einem Zustand der Unterwerfung. Die Leute sind mit den Erfordernissen des täglichen Lebens beschäftigt: Elektrizität, Wasser. Und mit Polizeigewalt. Er verfügt über eine Art Prätorianergarde: der Geheimdienst Sebin, Nationalgarde, Milizen, die FARC. Wenn wir Venezolaner auf die Straße gehen, um zu demonstrieren, antworten sie uns mit Repression. (…)
Heinemann: Es gibt Kritik, weil Sie wegen Ihrer Verstrickung in den Staatsstreich gegen Hugo Chavez von April 2002 im Gefängnis gesessen haben. Sie haben als Offizier Chavez auf die Insel La Orchila gebracht und ihn dort gefangen gehalten. Sind Sie ein lupenreiner Demokrat?
Gebauer: Wir müssen über den 11. April 2002 sprechen, der mit einem Staatsstreich von Pedro Carmona Estanga endete in der Nacht des 12. April. Ich war einer der Offiziere, die Chavez bewacht haben. Seine Menschenrechte und seine körperliche Unversehrtheit waren garantiert. Das war mein Vergehen. Ich habe zwölf Jahre lang im Gefängnis gesessen. Und seither arbeitet ich politisch in Venezuela, um zur Demokratie zurückzukehren. Ich bin ein Demokrat.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung Tobias Riegel: *Die devote Interviewführung von Christoph Heinemann ist inakzeptabel – von der Übernahme des „offiziellen" Titels von „Übergangspräsident" Juan Guaidó durch den DLF bis zur unwidersprochenen Diffamierung der deutschen LINKEN. Vor allem aber ist schwer erträglich, wie hier einem (zugegebenen) Putschisten von 2002 eine unkritische Bühne bereitet wird.*

6. **„Da ist mehr los als beim BVB"- Massenandrang vor der deutschen Botschaft in Prishtina**
In der Tat, jeden Tag sammeln sich tausende Menschen in den engen Gassen vor der

deutschen Botschaft, um legal Arbeitsvisa für Deutschland zu erhalten. Schuld daran sind im wesentlichen zwei Dinge:
1.Der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn, lässt gezielt Arbeitskräfte für den Gesundheits- und Pflegebereich in Kosova anwerben. Es gibt sogar in Albanisch Werbeplakate der „ Bundesagentur für Arbeit“ welche gezielt das Pflegepersonal in Kosova abwirbt. Als Resultat wird Kosova ohne Pfleger, Krankenschwestern und Ärzte dastehen.
2.Viele Menschen in Kosova wollen das annehmen. Kosova ist das ärmste Land in Europa mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Schuld ist im wesentlichen der Privatisierungsprozess welcher bis dato mehr als 80.000 Arbeitsplätze vernichtete. In Kosova existieren keine Arbeiterrechte. Damit sind die neuen Kolonialisten zufrieden. Kosova soll dauerhaft den Status eines Rohstoffexporteurs (ohne Verarbeitung) eines Transitlandes, sowie eines Landes mit billigen Arbeitskräften für europäisch kapitalistische Staaten abgeben.
Von der deutschen Botschaft in Prishtina wurden innerhalb eines Jahres rund 13.000 Arbeitsvisa für Kosovaren ausgestellt. Solchen Visa erhalten die Bürger auch von den Botschaften Kroatiens, Sloweniens und anderen Ländern. Die Zeitung “Zëri” schreibt: „In Ermangelung von Arbeitsplätzen in Kosova sind junge Menschen massiv auf Europa hin ausgerichtet“ Ein Visa erhält aber nur derjenige dessen Arbeitskraft als kapitalverwertbar eingeschätzt wird. (…)
Kosova soll mit der Mafia, mit Rentnern und Kindern in Armut dahinvegetieren. Eine Alternative dazu kann nur ein Bruch mit dem neoliberal kapitalistischen System sein. Die „ Bewegung für Selbstbestimmung“ VV in Kosova hat ein linkssozialdemokratisches Programm mit vielen konkreten sozialpolitischen Forderungen. Für diese Forderungen gilt es zu kämpfen. Gleichzeitig muss VV noch weiter nach links. Die Lage ist dramatisch, nur mit massivem Widerstand der Arbeiter, Bauern und Studenten haben die Menschen in Kosova und auf dem gesamten Balkan eine Perspektive. Ziel muss eine demokratisch sozialistische Gesellschaft sein.
Quelle: scharf-links

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch “Spahn will Personalmangel mit ausländischen Pflegekräften lösen” und “Knebelverträge binden ausländische Pflegekräfte an besonders üble Arbeitgeber”.*

Anmerkung JK: *Das ist die großartige EU mit ihren großartigen Werten, die Südosteuropa, unbenommen, ob die betroffenen Länder in der EU sind oder nicht, als Reservoir für billige Arbeitskräfte betrachtet. Die Situation in Bulgarien und Rumänien ist nicht anders, auch dort wandern massiv junge und gut ausgebildete Menschen aus*

mit fatalen Folgen für die öffentlichen Gesundheitssysteme und die Rentenversicherung. Und es ist genau so, wie immer befürchtet, anstatt die Situation im Pflegebereich in Deutschland zu verbessern etwa durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen rekrutiert man lieber billige und willige Arbeitskräfte im Kosovo. Das darf man durchaus als Neo-Kolonialismus bezeichnen. So geht die Forderung der Linksliberalen nach offenen Grenzen Hand in Hand mit der gleichen Forderung der Neoliberalen. Von den Grünen, als glühende "Europafreunde", hört man dazu, wie nicht anders erwartet, kein Sterbenswort.

7. **Ölriese «Total» will in ugandischem Nationalpark nach Öl bohren**
   «Total» will 400 Ölquellen in einem geschützten ugandischen Nationalpark erschliessen – und die grösste Ölpipeline der Welt bauen.
   Der französische Ölriese «Total» hat grosse Pläne: In einem ugandischen Nationalpark will er auf insgesamt sechs Feldern 400 Ölquellen erschliessen. Das Öl soll mit Hilfe einer neuen Pipeline transportiert werden – es wäre die grösste der Welt. Gemäss französischen Medien werde die lokale Bevölkerung vertrieben. Nichtregierungs-Organisationen erwägen, eine Beschwerde einzureichen.
   Seit einigen Monaten nimmt die Kritik am Ölriesen «Total» zu. Nichtregierungsorganisationen und 14 französische Bürgermeister kritisierten das Unternehmen für seine Untätigkeit bei der Reduzierung von Treibhausgasen und sprachen von einer mangelnden Bereitschaft, die Unternehmensziele so zu entwickeln, dass das Ziel von einem Temperaturanstieg von maximal 2 Grad Celcius erreicht werden könne. Eine Konsultation blieb erfolglos, Bürgermeister und Nichtregierungs-Organisationen versendeten daraufhin ein Aufforderungsschreiben. Nun erhielt der französische Ölriese erneut Post von sechs Verbänden, dieses mal aufgrund von seinen Aktivitäten in Uganda.
   Der Grund ist ein Ölförder-Projekt, an dem «Total» zurzeit arbeitet: 400 Bohrungen auf sechs Feldern, die in einem ugandischen Nationalpark liegen. Das Öl würde dann mit einer ebenfalls geplanten 1445 Kilometer langen Pipeline über Tansania bis zum indischen Ozean transportiert.
   Das Interesse von «Total» an Uganda kommt nicht von ungefähr: Uganda hat seine Ölreserven erst im Jahr 2006 geschätzt. Sie belaufen sich auf mindestens 1,7 Milliarden Barrel, was das Land mindestens auf den 30. Platz in der internationalen Rangliste der fördernden Länder bringen könnte. Das Problem: Die ugandischen Ölvorkommen befinden sich auch im 4000 km2 grossen «Murchison Falls Nationalpark».
   Quelle: Infosperber
8. **Brasilien: Justizminister Moro rechtfertigt sich vor Abgeordneten nach**

Intercept-Leaks
Die Zeitung Folha de S.Paulo analysierte die Verteidigungs- und Rechtfertigungsstrategien Moros in der sieben Stunden andauernden Anhörung. Während er einerseits die Echtheit der Nachrichten in Frage stellte und die Angelegenheit einen "Fake-Skandal" nannte, inszenierte er sich selbst als Opfer eines Hacker-Angriffs. Seine politischen Gegner würden beabsichtigen, ihn zu diffamieren und die Legitimität des Prozesses gegen Lula in Abrede zu stellen.
Am Mittwoch forderten mehrere Abgeordnete der Arbeiterpartei (PT) Moro dazu auf, sein Mandat niederzulegen und Einblick in seine Telefonate und Nachrichten-Chats zu geben. Die Parlamentarier verlangten außerdem Klarheit in der Sache der angeblich von Moro in Auftrag gegebenen Untersuchungen gegen den Intercept-Journalisten Glenn Greenwald, der den Skandal um den Ex-Richter ins Laufen gebracht hatte. Zudem stellte der Senator und Oppositionsführer Randolfe Rodrigues (Rede-AP) den Antrag an Moro und seinen Kabinettskollegen, Wirtschaftsminister Paulo Guedes, zu erklären, ob die Regierung bereits durch die Staatliche Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (COAF) oder die Bundespolizei Ermittlungen gegen Greenwald eingeleitet habe. Wenn dem so sei, sollte die Motivation und der Zweck der Untersuchung offengelegt werden.
Quelle: amerika21

9. **Winnetou und die Missachtung der kulturellen Identität**
In einem Interview zieht die Philosophin und Feministin Svenja Flaßpöhler gegen die Betroffenheitsideologie und den beleidigten Opferstandpunkt zu Felde, wie er sich in alternativen, linken und feministischen Kreisen nicht erst seit heute beharrlich eingehaust hat.
Flaßpöhler wirbt stattdessen für die intellektuelle Reflexion, die es für eine kritische, tabufreie Diskussion von Diskriminierung braucht – sonst verfehlt man den Witz und Grund der Sache und ertrinkt in seiner beleidigten Betroffenheit, die einen Mangel an rationaler Distanz zum Phänomen erkennen lässt und sich mit moralisierenden Nebensächlichkeiten, bisweilen an der Grenze zum Lächerlichen, aufhält.
Die darin implizierte Kritik der Identitätspolitik lohnt eine ausführlichere Analyse und theoretische Einordnung. Dabei bietet sich die aktuelle Diskussion um die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg als ebenso plastisches wie drastisches Beispiel an.
Quelle: Telepolis
10. **Troika Laundromat und Strafakte Deutsche Bank**
Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Juristische Auseinandersetzungen im Finanzsektor" von Fabio De Masi und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.
Die Deutsche Bank war in den vergangenen Jahren an vielen Finanzskandalen beteiligt

und hat dafür hohe Strafzahlungen geleistet, insbesondere außerhalb Deutschlands. Hierzulande verläuft die Strafverfolgung teils schleppend bzw. es fehlt ein Unternehmensstrafrecht.
Die Bundesregierung verfügt quasi über keine Informationen zur „Strafakte“ der Deutschen Bank. Kenntnis besteht neben dem Emissionshandelsbetrug nur zu jeweils einer Ermittlung im Fall Offshore-Leaks bzw. Panama Papers. Im Rahmen des Betrugs mit Emissionshandelsscheinen musste das Institut in Deutschland ca. 410 Mio. Euro zahlen. Die BaFin hat in zehn Jahren lediglich zehn rechtskräftige Bußgeldbescheide (mit unbekanntem Umfang) gegen die Deutsche Bank erlassen.
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

dazu: Undurchsichtige Transaktionen Deutsche Bank meldete mehr als 26.000 Mal Verdacht auf Geldwäsche
Wenn es bei verdächtigen Transaktionen um Geldwäsche gehen könnte, müssen Finanzinstitute Alarm schlagen. Die Deutsche Bank tat dies in den vergangenen zwei Jahren nach SPIEGEL-Informationen ziemlich oft.
Quelle: Spiegel Online

11. **Munition liegen lassen und als Helfer wiederkommen**
Ein seit Tagen wütender Waldbrand in Mecklenburg-Vorpommern geistert aktuell durch alle Nachrichtenkanäle. Zeitweise war der Geruch des größten Waldbrandes in der Geschichte des Bundeslandes bis nach Berlin wahrnehmbar. Zwischenzeitig mussten drei Dörfer evakuiert werden. Momentan sind rund 3.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, Rettungsdiensten, Bundes- und Landesforst, sowie der Bundeswehr im Schichtsystem im Einsatz um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Neben der eher ungewöhnlichen Nutzung von 22 Wasserwerfern der Polizei fliegen Hubschrauber von Bundespolizei und Bundeswehr Löscheinsätze über dem Waldbrandgebiet. Als größtes Problem der Katastrophenschutzbehörden stellt sich allerdings die Munitionsbelastung des ehemaligen Truppenübungsplatzes dar. Die Einsatzkräfte konnten über Tage die befestigten Wege nicht verlassen und hielten wegen Explosionsgefahr eine Sicherheitsabstand von über 1.000 Metern zum eigentlichen Brandort. Seit dem 02. Juli inszeniert sich die Bundeswehr verstärkt als Retter in der Not. Neben den bereits eingesetzten Löschhubschraubern wurden schwere Pionierpanzer auf Tiefladern in die Region verlegt. (…)
Dabei handelt es sich bei Großbränden mit besondere Gefahr durch Munition oder direktes Zutun der Bundeswehr in den letzten Jahren nicht um einen Einzelfall. Bereits im August 2018 wurden die Löscharbeiten bei einem Waldbrand in Brandenburg durch

explodierende Weltkriegsmunition zeitweise verunmöglicht. Noch härter traf es im letzten Jahr eine Moorlandschaft im niedersächsischen Emsland. Durch Raketentests der Bundeswehr bei extremer Trockenheit wurde diese grob fahrlässig in Brand gesetzt und konnte erst über einen Monat später vollständig gelöscht werden. Während Bundeswehr und Regierung in der Frage nach einer möglichen Vergiftung der Einsatzkräfte durch alte Uranmunition und Quecksilber eine Antwort schuldig bleiben, hat die Wehrtechnische Dienststelle 91 der Bundeswehr die Schießübungen im Moor seit Februar 2019 wieder aufgenommen.
Da bleibt nur zu hoffen, dass in der Lübtheener-Heide nach den Löscharbeiten nicht die Bundeswehr im Zuge der aktuellen Aufrüstung für eine Reaktivierung des Truppenübungsplatzes vor der Tür steht. Die Munitionsbelastung und die Kosten für eine Beräumung, die für eine zivile Nutzung nötig gewesen wäre, waren in der Colbitz-Letzlinger Heide nördlich von Magdeburg 2004 der Anlass um den ausgehandelten „Heidekompromiss“ über Bord zu werfen. Mittlerweile befindet sich dort ein zentrales Übungsgelände, auf dem alle Einsatzkontingente der Bundeswehr vor ihrem Abflug den letzten Schliff bekommen.
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

12. **Plastikmüll: Mehr als Tausend Fälle von verhedderten Haien und Rochen dokumentiert**
Forscher haben mehr als Tausend Fälle von in Plastikmüll verhedderten Haien und Rochen dokumentiert. Grundlage der Auswertung sind ältere Fachstudien und Twitterbeiträge, wie die Wissenschaftler von der britischen Universität Exeter im Fachblatt „Endangered Species Research“ schreiben. Vermutlich sei die Zahl der tatsächlich betroffenen Tiere wesentlich höher.
Quelle: Berliner Zeitung
13. **Der grüne Biedermann**
Winfried Kretschmann: »Der anständigste Mensch, der je in Deutschland Regierungschef wurde«
Herr Kretschmann ist ein katholischer, bodenständiger, schwäbischer Biedermann, eine zweibeinige Inkarnation der landestypischen Sittlichkeit, die seine Landsleute mit ihrem ebenso landestypischen Humor in brüderlicher Verachtung »Schwoba-Seggl« nennen. Weil Herr Kretschmann aber auch der Herr Ministerpräsident von Baden-Württemberg ist, ist bei ihm alles, was ihn zu einem typisch schwäbischen Ekel macht, etwas ganz Besonderes.
Winfried Kretschmann kommt aus kleinen Verhältnissen, und das erzählt er einem im Unterschied zu den Leuten, die aus solchen Verhältnissen nie so recht herauskommen, ausgesprochen gerne. »Meine Eltern haben hier bei null angefangen. Sie sind aus Ostpreußen geflohen und haben am Fuße der Schwäbischen Alb ihre zweite Heimat

gefunden: in Spaichingen, wo ich am 17. Mai 1948 geboren wurde. Unser Leben war damals nicht einfach.« (winfried-kretschmann.de) Der regierende Chef des Landes winkt mit seiner bescheidenen Herkunft, um so die vielen anderen, die sein Schicksal teilen, davon in Kenntnis zu setzen, dass er einer von ihnen sei. Da ist einer, der wie sie bei null angefangen hat, jetzt das politische Kommando über die Geschicke im Land, also über sie führt, aber nie vergessen hat, dass es »nicht einfach« ist, dieses Anfangsstadium hinter sich zu bringen. Die Nöte und Sorgen derer, die sich Zeit ihres Lebens daran versuchen, kennt er also nicht nur, sie sind bei ihm auch in den besten Händen, weil er sie so gut kennt. Er ist ihr geborener Anwalt – geboren, weil er aus demselben Milieu wie die vielen Nullnummern kommt, die mehr oder weniger solche geblieben sind, und ihr Anwalt, weil er an den Schalthebeln der Macht sitzt und sich auch dort gut daran erinnert, wie beschwerlich der Weg nach oben in seinem Fall war, also für alle anderen, über die er regiert, immer ist: So einfach geht die Metamorphose vom Regierungschef zum Landesvater, vom Machthaber zur guten Herrschaft, mit der das Volk in seiner Gestalt beschenkt wird.
Quelle: junge Welt

14. **Vielen Deutschen fehlt das Geld: Jeder Siebte kann sich keine Reise leisten**
Vor allem während der Sommerferien möchte jeder gerne in den Urlaub fahren. Doch viele Menschen können sich das hierzulande nicht leisten. Vor allem für Alleinerziehende ist eine Reise oft unbezahlbar. Aber auch bei unseren europäischen Nachbarn ist das Geld knapp.
Sommer, Sonne, Ferienzeit – doch lange nicht für alle: Millionen Bundesbürger sind so arm, dass sie sich keine Urlaubsreise leisten können. Etwa jeder Siebte konnte im vergangenen Jahr nicht einmal eine Woche weg von zuhause bezahlen, wie aus Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat hervorgeht. Allerdings ist der Anteil in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.
In vielen Ländern Europas sieht es zudem noch schlechter aus. In Deutschland sind besonders Alleinerziehende betroffen. Für 31,1 Prozent von ihnen war im vergangenen Jahr keine Reise drin. “Man muss sich das vor Augen führen: Ein Drittel aller alleinerziehenden Eltern ist nicht in der Lage, seinen Kindern einen Urlaub zu ermöglichen”, sagte Linken-Chef Bernd Riexinger. Auch bei Alleinstehenden ist es oft knapp: Fast jeder Vierte musste seine Urlaubstage zuhause verbringen. “Eine Urlaubsreise ist für viele Menschen ein unerfüllbarer Luxus”, sagte die Sozialpolitikerin der Linken, Sabine Zimmermann. “Nicht verreisen zu können, ist auch Ausdruck von Armut, die endlich wirksam bekämpft werden muss.”
Quelle: n-tv